

# Der Maler

Organ des Verbandes der  
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags  
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal  
bei freier Zustellung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

## Empor aus eigener Kraft!

Theodor Seipart, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Zwischen der Aufhebung der landesrechtlichen Koalitionsverbote durch die Einführung der neuen Gewerbeordnung und der Anerkennung der Gewerkschaften in der Verfassung liegt ein Zeitraum von wenig mehr als einem halben Jahrhundert. Die Anerkennung der Koalitionsfreiheit war keineswegs ein Bekenntnis zu der Freiheit der Koalitionen. Die Gewerkschaften waren nur geduldet. Ihre Aktionsfreiheit auf ein Mindestmaß zu beschränken, galt als wohlverstandenes Interesse des Staates.

Die Organisationen selbst, gleichgültig, ob es sich um freie oder christliche handelte, zu vernichten, mindestens aber sie von allen Verhandlungen über Arbeitsbedingungen auszuschließen, war das Ziel, auf das die deutschen Industriellen unter Führung der Schwerindustrie mit allen Mitteln, wenn auch vergebens, losstürzten. 40 Jahre nach der ersten Konzession des Staates an die Gewerkschaften fand der Zentralverband deutscher Industrieller die kaum verhüllte, wohlwollende Unterstützung der Regierung, als er auf einer Tagung im Jahre 1907 sein sozialpolitisches Programm mit zwei Forderungen an die verbündeten Regierungen einleitete und abschloß, die seiner Feindschaft gegen die Partei wie gegen die Gewerkschaften gleichermaßen zeigen. Er sprach die bestimmte Erwartung aus, daß die Regierungen „kein ihnen zustehendes Mittel unversucht lassen werden, die Sozialdemokratie als die gefährlichste Feindin der wahren Interessen auch des Arbeiterstandes zu bekämpfen und in die gebührenden Schranken zurückzuweisen.“ Insbesondere erklärte er, daß alle Gesetzesanträge, die die Erweiterung des Koalitionsrechtes „und dessen Ausdehnung auf weitere Klassen von Arbeitern, Angestellten und Beamten“ bezwecken, „mit den Interessen des Staates und des Gemeinwohls unvereinbar“ seien. Vielmehr hielt er für „unbedingt erforderlich, daß die verbündeten Regierungen tunlichst bald und energisch besorgt sind, durch gesetzliche Maßnahmen die Freiheit der Arbeit wirkungsvoller als bisher zu schützen und damit die der Sozialdemokratie und ihren Gewerkschaften noch nicht verfallenen Arbeiter von der Schreckensherrschaft dieser Partei und ihren Organisationen zu befreien.“

Diese Äußerungen, die sich beliebig vermehren ließen, sind bezeichnend für den gemeinsamen Kampf der Unternehmer und der Regierungen gegen die wirkliche Freiheit der Koalitionen; sie zeigen zugleich, welche Hindernisse überwunden werden mußten, um die Bahn frei zu machen für die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften und „die Vereinigungsfreiheit für jedermann und für alle Berufe“ durchzusetzen.

In den kampfgefüllten Jahrzehnten vor dem Weltkriege, in denen die Gewerkschaften aus eigener Kraft der Arbeiterklasse die organisatorische Grundlage ihrer Macht schufen, standen sie außerhalb des Staates. Sie besaßen keine andern Rechte als die, welche sie sich in unmittelbarem Kampfe errungen hatten. Ihre Rechte waren nur in ihrer Macht begründet. Keine Sanktion des Staates schützte ihre Geltung. Aber weil sie ohne fremde Hilfe, nur gestützt auf die unerschöpflichen Reserven eines selbstbewußten Willens und der Opferbereitschaft ihrer Mitglieder zu einem Machtzentrum in Wirtschaft und Staat geworden waren, mußte der Staat ihnen entgegenkommen, als es galt, während des Krieges eine planmäßige Organisation der Wirtschaft zu sichern, mußten die Unternehmer sich ihren Bedingungen

unterwerfen, als es darum ging, den Zusammenbruch der Wirtschaft nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges zu verhüten.

Der Staat, dem die Gewerkschaften nach dem Kriege sich gegenüber befanden, war seinem Wesen nach ein anderer als der, gegen den sie sich vor dem Kriege zu behaupten hatten. An erster Stelle ihrer eigenen, folgerichtigen Vorarbeit haben sie es zu danken, wenn sein innerer Aufbau sich so grundlegend geändert hat, daß sie selbst zu Trägern öffentlich-rechtlicher Funktionen werden

Gleichgültiger, du willst dich um dein eigenes nur kümmern? Um dein Haus und Weib und Kinder?  
Der Mensch hat kaum ein Eigentum, woran nicht fremde Hand unsichtbar liegt. Du selbst gehörst der Welt zu eigen; in dem Hause wohnst du — im Lande, auf der Erde frei, und wer das Land hat, hat auch deine Kinder, und wer die Menschen hat, der hat auch dich. Drum kümmer' dich um Vaterland und Menschen,  
nimm teil mit Mund und Hand in deiner Nähe,  
nimm teil mit Herz und Sinn am fernen Guten.

Reinhold Schefer.

konnten. Der alte Staat hatte sie früher erst vereint, dann wohl oder übel geduldet, schließlich in einer Zeit besonderer Not zur Mitarbeit herangezogen.

Der neue Staat konnte sich nicht damit begnügen, sie nur formell anzuerkennen, seine Gesetzgeber mußten die Konsequenz aus den bestehenden Machtverhältnissen ziehen und die Kräfteverschiebung, die in den Beziehungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften sich vollzogen hatte, legalisieren. Die Vereinbarung vom 15. November 1918, deren Gedankenrichtung bestimmend geworden sind für die Gesetzgebung der Nachkriegszeit, kann mit unvergleichlich größerem Recht als das italienische Gesetz vom April dieses Jahres als „Magna Charta der Arbeit“ bezeichnet werden, denn sie ist aus dem Geiste der Gewerkschaften entstanden.

Die soziale Selbstverwaltung, deren Grundlinien in diesem ersten Aufriß des neuen Arbeitsrechtes gezogen worden sind und deren Aufbau in den Nachkriegsjahren begonnen wurde, trägt, so erweiterungsfähig, so ergänzungsbedürftig sie noch ist, das Gepräge ihres Willens, ihrer Staatsauffassung, ihrer Ueberzeugungen von dem Verhältnis von Staat und Wirtschaft. Ohne ihre Selbständigkeit auch gegenüber dem neuen Staat anzugeben, ohne auf ihre weitergehenden Ziele zu verzichten, sind die Gewerkschaften in das Hoheitsgebiet des Staates eingedrungen, hat der Staat ihnen Rechte zugestehen müssen, die ein bereitetes Zeugnis dafür sind, in welchem Maße sich seine Struktur verändert hat.

Mit der Unabdingbarkeit der Tarifsetzung ist den wirtschaftlichen Vereinigungen die Ermächtigung zugesprochen worden, im normativen Teil der Tarifverträge objektives, zwingendes Recht zu schaffen. Die Tarifverträge sind neben dem Gesetzesrecht zu einer kaum weniger wichtigen Rechtsquelle des neuen Arbeitsrechtes geworden.

Durch die Anerkennung der Spitzenorganisationen der tariffähigen wirtschaftlichen Vereinigungen als Benennungskörperschaften für den Reichswirtschaftsrat und die Körperschaften der sozialen Selbstverwaltung (in der Arbeitslosenversicherung, der Arbeitsvermittlung und Berufsberatung, in der Sozialversicherung), des Schlichtungswesens und der Arbeitsgerichtsbarkeit, durch die Vertretung der Gewerkschaften in einer Reihe gemeinwirtschaftlicher Körperschaften ist den Organisationen der Arbeitnehmer eine Fülle öffentlich-rechtlicher Aufgaben zuerkannt worden. Die Gewerkschaften stehen nicht mehr außerhalb des Staates, sie haben sich die Mitwirkung im Staat erzwungen, sie sind auf weiten Gebieten der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung zu einem lebenswichtigen Bestandteil des Staates geworden.

Es wäre aber ein verhängnisvoller geschichtlicher Irrtum, anzunehmen, daß diese noch vor anderthalb Jahrzehnten unvorstellbare Erweiterung des Wirkungsbereiches der Gewerkschaften behauptet werden könnte, wenn nicht der gleiche Geist, der die Organisationen der Arbeiterschaft in den Jahrzehnten vor dem Kriege beherrscht hat, auch heute noch und in Zukunft die Masse der Arbeiterschaft befeelt. Niemals mehr als heute bedarf es der Erschließung der gesamten geistigen Kräfte der Arbeiter und Angestellten, der zielbestimmten Aktivität jedes einzelnen Mitgliedes der Gewerkschaften. Die neuen Aufgaben verlangen geistig geschulte, von der großen Tradition der Gewerkschaften erfüllte Männer und Frauen. Sie erfordern Persönlichkeiten, die die ihnen zugewiesenen Sachgebiete beherrschen und sich in jeder Stellung nicht nur als Sachkennner bewähren, sondern darüber hinaus sich als die Träger des Willens der Bewegung und ihm verantwortlich fühlen.

Die Gewerkschaftsbewegung braucht nicht nur Führer an der Spitze der Verbände. Sie bedarf ihrer in allen Wirkungskreisen, in den kleinen wie den großen, die sie ihren Vertretern erschlossen hat. Mehr als je ist die Bewegung auf Einheit des Denkens und Einheit des Handelns im ganzen Bereich ihrer Wirksamkeit angewiesen.

Das Lösungswort der Gewerkschaften war seit den Zeiten ihrer Anfänge: Aus eigener Kraft! Dieses Wort, das wie ein Flammenzeichen über allen ihren Kämpfen stand, hat seine Bedeutung nicht verloren. Der Fels, auf den ihr Recht sich gründet, ist heute wie vor dem Kriege ihre eigene Kraft. Diese Kraft zu stärken ist nicht nur eine Aufgabe der verantwortlichen Führer. Es gibt in den Gewerkschaften keinen, der diese Verantwortung nicht trägt. Alle Mitglieder, die Jugend wie die erprobten Kämpfer, haben an ihrer Stelle dafür zu sorgen, daß diese Kraft wächst.

Noch stehen Millionen Arbeiter außerhalb ihrer Reihen, obwohl sie Nutznießer des Rechtes sind, das die Gewerkschaften geschaffen haben. Diese Millionen für die großen Ziele der Gewerkschaften zu gewinnen, sie aufzurütteln aus ihrer bequemen Trägheit, sie anzufeuern, das Recht zu erwerben, das sie ererbt haben, und neues Recht im Bunde mit allen ihren Kameraden in den Werkstätten und Betrieben zu schaffen — diese Aufgabe ist die heilige Pflicht von allen, die nicht nur dem Namen nach Mitglieder der Gewerkschaften sind, sondern den Geist der Bewegung in ihr Denken und Wollen aufgenommen haben.

### Hauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Durch unsere Gewerkschaften ist der Kampf gegen die gewerblichen Gesundheitschäden seit Jahrzehnten in Fuß gekommen und energisch vorwärts getrieben worden. Die sehr rührige Gesellschaft für Gewerbehygiene, in der neben Vertretern der Gewerkschaften vor allem Vertreter der ärztlichen und technischen Wissenschaften, der zuständigen Reichsbehörden, der Berufsgenossenschaften, Krankenkassen usw. tätig sind, hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens viel dazu beigetragen, daß die von ihr bearbeiteten wichtigen Fragen des Arbeiterschutzes in der weitesten Öffentlichkeit viel mehr Beachtung finden als vordem und nach den verschiedensten Seiten hin erforscht worden. Deshalb wird auch die diesjährige Hauptversammlung der Gesellschaft für Gewerbehygiene, die am 30. September und 1. Oktober in Hamburg stattfindet, wieder größtes Interesse finden.

Die Tagesordnung ist folgende: Freitag, 30. September: 1. Verhandlungstag (gemeinsam mit der Deutschen Beleuchtungstechnischen Gesellschaft). Vorträge über das Thema „Die Bedeutung der Beleuchtung für Gesundheit und Leistungsfähigkeit“. Es werden sprechen über „Gesundheitliche Schädigungen durch schlechte Beleuchtung“ Professor Dr. Holmann, Karlsruhe; über „Den Einfluß der Beleuchtung auf die Leistungsfähigkeit und die technischen Grundzüge einer richtigen Beleuchtung“ Dipl.-Ing. Schneider, Berlin, und über „Arbeits-hygienische Grundzüge einer richtigen Beleuchtung“ Professor Dr. Korff-Petersen, Kiel; über „Den derzeitigen Stand der Erforschung der Strahlenschädigung des Auges“ wird Augenarzt Dr. Thies, Dessau, und über „Die Wirksamkeit der Augenschutzgläser und ihre Kennzeichnung“ Dr.-Ing. Bloch, Berlin, reden.

Am Sonnabend, 1. Oktober: Vorträge über das Thema „Hygiene und Gesundheitsgefahren der Werft- und Hafearbeit und der Arbeit des Heizpersonals auf Schiffen“. Hierzu werden folgende Einzelvorträge gehalten werden: „Hygiene der Hafen- und Werftarbeit“ von Professor Dr. Sannemann, Hamburg; „Unfälle bei Hafen- und Werftarbeiten“ vom Leiter des Hafenkrankenhauses, Oberarzt Dr. Rothfuchs; „Technische Maßnahmen zur Hygiene und Unfallverhütung in der Werftarbeit“ von Obergewerberat Barkow, Hamburg, und „Hygiene des Heizpersonals auf Schiffen“ von Professor Dr. Schwanitz, Hamburg.

Alsdann folgen kurze Berichte über neuere wichtige Beobachtungen und Originalarbeiten auf dem Gebiete der Gewerbehygiene. Bisher wurden hierfür unter andern folgende Referate angemeldet: Medizinalrat Dr. Usher, Frankfurt a. M., „Ein Beitrag zur gesundheitlichen Seite der Fliegarbeit“ mit Film; Dr. Waader, Berlin, „Trichloräthylenfäulnis, Quecksilberaun“; Gewerberat Dr. Berger, Hamburg, „Ueber den Nachweis von Benzol mit Dragorubin“ und „Verbesserung im Gesundheits-schutz der Gasanstalten“; Gewerbedizinalrat Dr. Betke, Wiesbaden, „Untersuchung des Bleigehalts in dem Polier-raum einer Sianniolkapsel-fabrik“; Gewerbeassessor Dr. Eibel, Berlin, „Das Metallprüfungsverfahren und die durch seine Anwendung für die Arbeiter sich ergebenden Gefahren“; Dr. med. Floret, Elberfeld, „Die gewerbepathologische Stellung des Arabinol (Lösungsmittel für Innenanstriche)“; Geheimrat Dr. Leymann, Berlin, „Die Gefahren der Teerdestillation“; E. Riedel, Berlin, Deutscher Verkehrs-bund, „Einige grundsätzliche Fragen zur Hygiene in der Seeschifffahrt und in den Hafensbetrieben“; Professor Dr. Schwanitz, Hamburg, „Neuere Beobachtungen bei Säureanfangungen“; Professor Dr. Seih, Leipzig, „Farbstoffadsorption im Serum Bleikranker“; Gewerberat Dr.-Ing. Struve, „Atemschutz beim Lackprüfverfahren“; Gewerbedizinalrat Dr. Teleky, Düsseldorf, „Kasuistische Mitteilungen über gewerbliche Erkrankungen“; Dipl.-Ing. Wollin, Berlin, „Ueber einige Neuerungen und Fortschritte auf dem Gebiete der Atemschutzgeräte“.

Die Vortragsveranstaltungen finden in der Hamburger Universität statt. Sie sind öffentlich und können daher auch von Nichtmitgliedern besucht werden, doch wird eine Teilnehmergebühr von 10 M. erhoben. Anmeldungen sind an die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Viktoria-Allee 9, zu richten.

Vom 3. bis 5. Oktober findet im Anschluß an diese Hauptversammlung, gleichfalls in Hamburg, wieder ein Vortragskursus über allgemeine Fragen der Gewerbehygiene und Unfallverhütung nebst Besichtigungen statt. Das Programm hierzu kann ebenfalls von der Geschäftsstelle der Gesellschaft für Gewerbehygiene bezogen werden.

Unter Verband wird zu diesen Veranstaltungen eine entsprechende Vertretung entsenden.

### Internationaler Kampf um den Achtstundentag.

Zu den am wenigsten umstrittenen Fragen internationaler Gewerkschaftstätigkeit gehört der Kampf um den Achtstundentag. Es ist deshalb selbstverständlich, daß der 4. Internationale Gewerkschaftskongress in Paris erneut zu diesem eminent wichtigen Problem Stellung genommen und den angeschlossenen Landesorganisationen zur Pflicht gemacht hat, alle Maßnahmen zu treffen, um die Aufrechterhaltung oder Wiedereroberung des Achtstundentages sicherzustellen. Alle Gewerkschaften müssen sich bemüht sein, daß jeder Erfolg in den direkten Kämpfen zwischen den Unternehmern und ihren Arbeitern die gesetzliche Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit zu fördern vermag, während jede Verschlechterung in dem einen Berufe oder Lande unvermeidlich zu einem Rückschlag auf die übrigen Berufe und in größerem Ausmaß auf die andern Länder nach sich ziehen mag.

Wie zu allen wichtigen Tagesordnungspunkten war auch zur Frage des Achtstundentages eine besondere Kommission eingesetzt worden. In den Vorberatungen wurde nachstehende Entschlie-ßung ausgearbeitet und dem Plenum, von den Genossen Leipart und Bernhard, Deutschland, als Berichterstatter, zur Beschlußfassung unterbreitet. Diese Entschlie-ßung wurde einstimmig angenommen.

Der Kongress bekräftigt die Wiener Resolution be-treffend den Achtstundentag.

Der Kongress beauftragt den Vorstand des IGB, sich mit den Landeszentralen in Verbindung zu setzen, um zu bewirken, daß mit Beginn des Jahres 1928 alle zwei Jahre eine Untersuchung über die wöchentliche Arbeitszeit durchgeführt und darüber eine Statistik ange-legt wird.

Die angeschlossenen Landeszentralen sollen im Ein-vernehmen mit dem Vorstand des IGB. ein Propaganda- und Aktionsprogramm aufstellen, das sich gegen jedwede Reaktion auf dem Gebiet des Achtstundentages richtet und sich für die Eroberung der maximalen 48stündigen Arbeitszeit in allen Gewerben einsetzt, die Landwirtschaft und die kontinuierlichen Betriebe einbegriffen.

Der Kongress beauftragt den Vorstand ferner, in Ausführung des obengenannten Programms mit den an-geschlossenen Landeszentralen und eventuell den Berufs-sekretariaten über die Beschaffung beziehungsweise An-wendung der nötigen Mittel seitens der Landeszentralen, der angeschlossenen Verbände, der Berufssekretariate oder des IGB. zu beraten.

In der Begründung fordert der Kongress von den Re-gierungen neuerdings die sofortige Ratifizierung der Washingtoner Achtstundenkongvention. Er wendet sich entschieden dagegen, daß Regierungen ohne Verbindung mit dem Internationalen Arbeitsamt Sonder-abkommen treffen, die — wie die Londoner Vereinbarung vom März 1926 beweist — die Gefahr einer falschen Aus-legung und damit einer Verschlechterung der Washingtoner Kongvention in sich tragen. Er macht ferner darauf auf-merksam, daß die Washingtoner Kongvention nur allgemein zu beachtende Minimalvorschriften enthält. Die Versuche in einzelnen Ländern, günstigere gesetzliche Vorschriften unter Berufung auf das Washingtoner Abkommen zu be-seitigen oder die Herbeiführung solcher zu verhindern, be-deuten eine Vergewaltigung der Kongvention und müssen entschieden jurisdigewiesen werden.

Der Kongress verurteilt es auf das schärfste, daß die Regierungen bei der Ratifikation der Washingtoner Kon-vention durch Gewährung zahlreicher Ausnahmen vom Achtstundentag den Wert dieser sozialen Reform sehr be-einträchtigt haben.

In Hinblick auf die Bestrebungen der Rationalisierung der technischen und organisatorischen Methoden der Pro-duktion fordert der Kongress von den Regierungen die Beachtung der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz Genf 1927, wonach „den Regierungen, den Institutionen, den Berufsorganisationen und der öffentlichen Meinung“ empfohlen wird,

„denjenigen Maßnahmen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, die geeignet sind, die beste, gesündeste und würdigste Verwendung der mensch-lichen Arbeitskraft sicherzustellen, also der Auswahl der beruflichen Orientierung und Ausbildung, der Verteilung der Arbeitszeit und der Ruhepausen, den Formen der Entlohnung, die den Arbeiter gerechterweise an der Erhöhung des Ertrages teilnehmen lassen, und allgemein den Arbeits- und Lebensbedingungen, die der Entwick-lung und Behauptung seiner Persönlich-keit günstig sind“.

Diesen Beschlüssen werden die Regierungen nur dann gerecht, wenn sie in den Ratifikationsgesetzen beziehungs-weise in den Arbeitszeit- oder Arbeitsschutzgesetzen die tägliche achtstündige Arbeitszeit als Maxi-malarbeitszeit festlegen, sowie darüber hinaus eine kürzere Arbeitszeit anstreben, und zwar sofort und in erster Linie für die Berufe, die von Natur aus oder infolge der Arbeitsweise gesundheitlich stark leiden.

Der Kongress gibt der Meinung Ausdruck, daß nun keine stichhaltigen Gründe mehr gegen eine allgemeine Ratifizierung der Kongvention vorliegen. Er beauftragt daher den Vorstand des Internationalen Gewerkschafts-bundes, Vorkehrungen für eine gleichzeitige Intervention bei den in Frage kommenden Ländern zugunsten der Ratifi-zierung der Kongvention zu treffen. Der Kongress verlangt auch von den Gewerkschaften aller Länder, wo die Ratifi-zierung noch nicht erfolgt ist, daß sie zur Erreichung dieses Zieles ständig auf ihre Regierungen einwirken.

Die Gewerkschaften werden den Achtstundentag nur halten oder erobern können, wenn die Arbeiter selbst den Willen zu seiner Durchführung haben. Die Arbeiter müssen sich insbesondere mit allen geeigneten Mitteln gegen Ver-suche wenden, die darauf hinauslaufen, ihnen die bereits gesetzlich gewährleisteten Rechte wieder zu nehmen.

Die beste Stütze und Hilfe im Kampfe um den Acht-stundentag und damit um größere Freiheit und erhöhten Anteil an der Kultur für den Arbeiter wird immer seine Organisation sein. Deshalb ruft der Kongress die Arbeiter der ganzen Welt auf, an der Erstarkung ihrer Organisatio-nen ständig zu arbeiten, um damit am besten den Acht-stundentag als Maximalarbeitszeit sichern und alle Angriffe der Regierungen und Unternehmer brechen zu können.

### Aus unserm Beruf

#### Zum 25jährigen Bestehen der Filiale Forst.

Im Opferbringen für das Gemeinwesen liegt die erste Pflicht, aber auch die beste Kapital-anlage, die ein Volk und jeder einzelne gute Volksgenosse machen kann. Adolf Wagner.

Gewerkschafter sein heißt ebenfalls Opfer bringen. Einmal ist es die Ueberwindung aller Jaghaftigkeit und aller Schwäche gegen das Herrtentum, das andere Mal die Kräfteentfaltung und die Solidaritätsbekundung für die große proletarische Armee. Wenige Großen werden wöchentlich für die Organisation geopfert, aber doppelt und dreifach verzinst sich der geleistete Betrag durch die Erfolge einer starken, festgefügtten Berufsorganisation. Diesen Ge-danken rechtzeitig erkannt zu haben, ist auch ein Verdienst der Forster Kollegen, die mit Farbstoff und Pinsel das Leben bunt gestalten helfen. Wohl ist die Gründung der Mutterorganisation (die im Jahr 1884 fällt) der Geburt örtlicher Vereinigungen im Malergewerbe um Jahre vorausgeeilt, aber die zahllosen Schikanen unter dem Blut-

und Eisenkanzler haben den Willen zu entschlossener Inter-essenwahrung innerhalb der deutschen Kollegenschaft nicht unterdrücken können.

Bald nachdem das Sozialistengesetz gefallen, regte sich auch unter den Forster Malerkollegen Gewerkschaftsgeist. Sowell die protokolllarischen Aufzeichnungen es verraten, entstand zuerst um 1892 bis 1893 an Orie eine Vereinigung unter dem Namen „Lokal-Handvereine der Malergehilfen“. Man traf sich damals, um berufliche Meinungen auszu-tauschen und wirtschaftliche Verbesserungen anzustreben. Denn man lebte ja noch in der Zeit des 12stündigen Arbeits-tages, bekam niedrige Löhne und sogar nur alle 14 Tage ausgezahlt. Dazu gab es viele andere „Vergünstigungen“ für den Meister, die reformbedürftig waren. Alle diese Nachteile für die Gehilfen brüchig zu beseitigen, war schwer. Deshalb schloß man sich 1894 dem Hauptverbande in Berlin an. Das war für die Organisation zweifellos ein denk-würdiger Tag.

Aber das Leben in der neuen Verbandstilade war nur von kurzer Dauer, denn 1897, als das große Hochwasser die Stadt Forst überflutete, brach die Arbeitslosigkeit über unsere Kollegen herein. Das Baugewerbe kam zum Still-stand; auch unsere Kollegen sahen sich genötigt, in andern Städten Lohn und Brot zu suchen. Die erst langsam zur Entwicklung gekommene Gewerkschaft stand somit auf dem Aussterbeplat. Fast fünf Jahre dauerte es, ehe sie wieder zu neuem Leben erweckt werden konnte. Jedoch die Jungen von damals, die Alten von heute, ruhten nicht eher, bis ihr Ruf zum Sammeln von allen Ohren aufgenommen war. Ihnen, den treuesten Männern in der Filiale, darunter dem heute noch im Kreise seiner Kollegen weilenden, allverehrten Kollegen Paul Marquardt, gebührt deshalb der Dank der eigenen Organisation und der Forster Gewerkschaften insgesamt. In selbstloser Aufopferung arbeiteten sie an dem neuen Bau, bis es endlich möglich wurde, am 13. Februar 1902 dem großen Gefüge des Verbandes der Maler, An-streicher, Lüncher und Weißbinder Deutschlands die Filiale Forst als neues Glied in der Kette einzureihen.

Trotz der kleinen Zahl — 17 —, die damals zu dem Opferbringen bereit und mutig war, fehlte der Gewerkschaft aber keineswegs der jugendfrische Sturm, der vorwärts und aufwärts irleb.

Die Differenzen mit der Meisterorganisation waren chronisch. Noch 1905 bestanden dieselben Arbeitsbestim-mungen wie zehn Jahre vorher. Nicht nur Löhne und Arbeitszeit waren ständige Streitpunkte, sondern auch ge-schäftliche Angelegenheiten brachten die Köpfe zusammen.

Neben der Schadenersatzfrage für schlechte Arbeiten wurde auch viel um die sogenannte Werksstättenordnung gestritten. Das ganze Ehrgefühl der Kollegen bäumte sich damals auf, als man ihnen die Bestimmung anbot:

„Das Pfeifen, Singen, Toben und Rauchen während der Arbeitszeit ist untersagt.“ Erst der Reichsarbeitsvertrag brachte geregelte Verhältnisse. Als die Unternehmer sich vom 11. März bis 6. Mai 1913 eine Aussperrung leisteten, war der Erfolg wiederum auf Kollegenseite, denn neben einer Lohnerhöhung konnte die Arbeitszeit auf 9½ Stunden herabgedrückt werden. 1914 hatte sich der Stundenlohn gegen 1905 von 40 auf 52 ½ erhöht. Da brach der Krieg aus, der von 60 Kollegen 53 in die Zwangsjacke steckte, von denen 24 Kollegen die Heimat nicht mehr wiedersahen. Auch die Zurückgebliebenen litten Not, denn durch den Krieg war mit einem Schlage das Baugewerbe stillgelegt. Man schuf eine Kriegsarbeitersgemeinschaft, um dadurch ge-meinsam Aufträge locker zu machen. Was die letzten Jahre brachten, braucht der Geschichtsschreiber wohl nicht in die Erinnerung zurückrufen. Die Inflation war eine lange Le-benszeit für die Kollegen; denn 75 % waren über ein halbes Jahr ohne Beschäftigung. Am 14. Mai aber, an dem Tage des fechtlichen Begehens des Verbandsjubiläums, stand die Filiale Forst in einer Mitgliederstärke von 69 Kollegen und 14 Lehrlingen einig und geschlossen da. Möge auch in Zukunft die Kollegenschaft gewerkschaftlich und poli-tisch gerüstet bleiben: zu neuem Kampf, zu neuem Sieg! Glück auf!

Für die Filiale Forst war das Fest des 25jährigen Bestehens Stunden voller Harmonie und besten Gemein-schaftsgedankens; denn die Organisationsleitung hat mit Beschick bewiesen, daß ihr die gute Unterhaltung aller Teil-nehmer Wollen und Ziel war. Im Mittelpunkt des Abends standen die Begrüßungs- und Festreden. Von der Bezirks-leitung wurden im Auftrage des Hauptvorstandes der Organisation beste Wünsche und Grüße übermittelt und dem Verbandsjubiläum Koll. Marquardt unter Ueberreichung einer künstlerisch ausgestatteten Ehrenurkunde der Dank für seine Treue ausgesprochen. Auch die Forster Filiale hatte dem 25jährigen Mitglied ebenfalls ein dekorativ ge-haltenes Anerkennungs-schreiben gewidmet.

Dr. Jähne.

### Berufsunfälle

Bremen. Am 1. August fiel unser Kollege Heinrich Wilkens in der westlichen Vorstadt von einer Anlege-leiter und mußte wegen Brustquetschung ins Krankenhaus eingeliefert werden. Zeugen waren beim Unfall nicht zu-gegen. Am 9. August verstarb der Kollege, angeblich an Lungenerweiterung. Ob nun der Unfall die Veranlassung zur Todesursache war, unterliegt noch einer weiteren Prü-fung, da bereits bei der Bauberufsgenossenschaft ein Antrag auf Rente erhoben ist. — Eines recht bedauerlichen Unfall-erlitt unser Mitglied, der Lehrling Friedrich Niemann beim Malermeister Th. Steldermann am 23. August. Er war in Neubauten (Kleimwohnungen) mit Kalken der Decken beschäftigt in Räumen von zirka 2,70 Meter Höhe. Hierzu benutzte er eine siebenstufige Strebelleiter. Wahrscheinlich beim Heruntersteigen von der Leiter haben sich die Strebelleiter zusammengeschoben und fiel der Kollege durch eine Öffnung in das Nebenzimmer, wobei auch die kleine Leiter umfiel und der an dieser hängende Eimer mit Kalk sich über seinen Kopf ergoß. Durch das Eindringen des Kalkes ver-derbe Augen des Kollegen wurden diese derart beschädigt, daß nach Angabe des behandelnden Arztes das Augenlid des rechten Auges vollständig verloren ist, für die Erhal-tung der Sehkraft des linken Auges besteht noch Hoffnung. Der Verunglückte war ein flotter Bursche auch in seinem Beruf, und ist das letzte Jahr in der Lehre. Dazu Gott

einer Arbeiterwitwe, die ihre ganze Hoffnung auf ihn setzte. Der traurige Ausgang des Unfalls ist vielleicht noch dadurch verschlimmert, daß der Jungkollege durch Unkenntnis zur Wasserleitung lief und den Kalk mit Wasser auswusch...

Kemtscheld. Am 23. August stürzte beim Fassadenstreichen in der Fassadenstraße ein Anstreicherlehrling aus einer Höhe von etwa fünf Meter ab. Er trug eine ernsthafte Hüftverletzung davon und mußte dem Krankenhaus zugeführt werden.

Aus Unternehmerreisen

Jahrestagung des Reichsbundes der Maler- und Lackiermeister.

Der Reichsbund des deutschen Maler- und Lackierhandwerks hielt vom 4. bis 6. August einen allgemeinen Malertag in München ab, wo in diesem Jahre auch die Ausstellung „Das bayerische Handwerk“ stattfindet.

Der Vorstand des Reichsbundes trat am Nachmittage des zweiten Tages zu vorbereitenden Beratungen über die eingegangenen Anträge zusammen; dann fand unter Sitzung des Herrn Oberstudienrichters O. Rückert...

Zu der offiziellen Reichsbundestagung waren Abgeordnete aus 14 Landesverbänden und etwa 150 Gäste erschienen. In der dazu stattgefundenen Sitzung des Hauptausschusses des Reichsbundes erstattete der Vorsitzende Kruse den Geschäftsbericht...

Am nächsten Tage folgte der 13. Deutsche Malertag. Bundespräsident Kruse gedachte in seiner Eröffnungsrede der Verfallung 1905 in München, in der der Grundstein zu der dann 1907 vollzogenen Gründung des Arbeitgeberverbandes gelegt worden sei.

Die Bauarbeiterkommission Würzburg hatte vom 26. bis 28. August statistische Erhebungen über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften auf 30 Baustellen vorgenommen. Es waren 19 Hoch-, 4 Umbauten und 1 Anbau...

Weiteres Sinken der Erwerbslosenziffer. Es ist erfreulich, daß die Erwerbslosenziffer in ununterbrochener Folge sinkt. Gewiß kann das Tempo von vor einigen Monaten nicht dauernd eingehalten werden; dennoch ist kein Stillstand in Rückgang der Erwerbslosenziffern zu bemerken.

10 Millionen Mark für Versuchsbauten. Das Reichsarbeitsministerium hat einen Betrag von 10 Millionen Mark zur Förderung der Versuche verbilligten Bauens durch stärkere Anwendung des Serienbaues und der Normung ausgeworfen.

Die Gewerkschaften marschieren. Das Jahr 1927 wird für die deutsche Gewerkschaftsbewegung ein Zeichen des Aufschwungs werden. Fast allgemein ist eine starke Zunahme der Mitgliederzahl zu verzeichnen.

Nachwirkungen der Inflation. Von den Rechtsparteien wird immer wieder darauf hingewiesen, daß wir die Möglichkeit der Stabilisierung unserer Währung den Vorschlägen Helfferichs zu verdanken haben, der mit seiner Roggenmark der Rentenmark den Boden bereitet habe.

Sozialpolitisches. Dem „Rechten“ muß alles zum Besten dienen. Während sich das deutsche Volk und vornehmlich die Arbeiterschaft anschicken, den weiten Landgebieten, die durch die verheerenden Unwetterkatastrophen dieses Sommers so schwer heimgeschlagen wurden...

Sachgewerbliches. Die Bauarbeiterkommission Würzburg hatte vom 26. bis 28. August statistische Erhebungen über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften auf 30 Baustellen vorgenommen. Es waren 19 Hoch-, 4 Umbauten und 1 Anbau...

aufßerdem 2 größere Verputzarbeiten. Beschäftigt waren an diesen 30 Baustellen 814 Bauarbeiter der verschiedensten Berufe. Das Ergebnis in Hinsicht auf Arbeiterschutz war folgendes: Bei 8 Baustellen fehlten die Zuzüge über Unfallverhütung, bei 26 wußten die Arbeiter nicht den zunächst erreichbaren Arzt, bei 5 war kein Unterkunftsraum vorhanden...

10 Millionen Mark für Versuchsbauten. Das Reichsarbeitsministerium hat einen Betrag von 10 Millionen Mark zur Förderung der Versuche verbilligten Bauens durch stärkere Anwendung des Serienbaues und der Normung ausgeworfen. Mit der Lösung dieser Aufgabe ist eine Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen beauftragt...

Die Gewerkschaften marschieren. Das Jahr 1927 wird für die deutsche Gewerkschaftsbewegung ein Zeichen des Aufschwungs werden. Fast allgemein ist eine starke Zunahme der Mitgliederzahl zu verzeichnen.

Nachwirkungen der Inflation. Von den Rechtsparteien wird immer wieder darauf hingewiesen, daß wir die Möglichkeit der Stabilisierung unserer Währung den Vorschlägen Helfferichs zu verdanken haben, der mit seiner Roggenmark der Rentenmark den Boden bereitet habe.

Sozialpolitisches. Dem „Rechten“ muß alles zum Besten dienen. Während sich das deutsche Volk und vornehmlich die Arbeiterschaft anschicken, den weiten Landgebieten, die durch die verheerenden Unwetterkatastrophen dieses Sommers so schwer heimgeschlagen wurden...

Sachgewerbliches. Die Bauarbeiterkommission Würzburg hatte vom 26. bis 28. August statistische Erhebungen über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften auf 30 Baustellen vorgenommen. Es waren 19 Hoch-, 4 Umbauten und 1 Anbau...

Weiteres Sinken der Erwerbslosenziffer. Es ist erfreulich, daß die Erwerbslosenziffer in ununterbrochener Folge sinkt. Gewiß kann das Tempo von vor einigen Monaten nicht dauernd eingehalten werden; dennoch ist kein Stillstand in Rückgang der Erwerbslosenziffern zu bemerken.

10 Millionen Mark für Versuchsbauten. Das Reichsarbeitsministerium hat einen Betrag von 10 Millionen Mark zur Förderung der Versuche verbilligten Bauens durch stärkere Anwendung des Serienbaues und der Normung ausgeworfen.

Die Gewerkschaften marschieren. Das Jahr 1927 wird für die deutsche Gewerkschaftsbewegung ein Zeichen des Aufschwungs werden. Fast allgemein ist eine starke Zunahme der Mitgliederzahl zu verzeichnen.

Nachwirkungen der Inflation. Von den Rechtsparteien wird immer wieder darauf hingewiesen, daß wir die Möglichkeit der Stabilisierung unserer Währung den Vorschlägen Helfferichs zu verdanken haben, der mit seiner Roggenmark der Rentenmark den Boden bereitet habe.

Sozialpolitisches. Dem „Rechten“ muß alles zum Besten dienen. Während sich das deutsche Volk und vornehmlich die Arbeiterschaft anschicken, den weiten Landgebieten, die durch die verheerenden Unwetterkatastrophen dieses Sommers so schwer heimgeschlagen wurden...

Sachgewerbliches. Die Bauarbeiterkommission Würzburg hatte vom 26. bis 28. August statistische Erhebungen über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften auf 30 Baustellen vorgenommen. Es waren 19 Hoch-, 4 Umbauten und 1 Anbau...

Weiteres Sinken der Erwerbslosenziffer. Es ist erfreulich, daß die Erwerbslosenziffer in ununterbrochener Folge sinkt. Gewiß kann das Tempo von vor einigen Monaten nicht dauernd eingehalten werden; dennoch ist kein Stillstand in Rückgang der Erwerbslosenziffern zu bemerken.

10 Millionen Mark für Versuchsbauten. Das Reichsarbeitsministerium hat einen Betrag von 10 Millionen Mark zur Förderung der Versuche verbilligten Bauens durch stärkere Anwendung des Serienbaues und der Normung ausgeworfen.

1. August und 493 000 am 15. Juli. Die Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenfürsorge sind vom 15. Juli bis zum 15. August um rund 25 000 zurückgegangen. Ihre Gesamtzahl betrug am 15. August rund 156 000 (männliche 125 000, weibliche 31 000).

Das Organisationsverhältnis in den einzelnen Ländern. Leider haben die gewerkschaftlichen Organisationen in den verschiedenen Ländern auch im besten Falle noch nicht ein Drittel der werktätigen Bevölkerung erfassen können.

Sozialpolitisches. Dem „Rechten“ muß alles zum Besten dienen. Während sich das deutsche Volk und vornehmlich die Arbeiterschaft anschicken, den weiten Landgebieten, die durch die verheerenden Unwetterkatastrophen dieses Sommers so schwer heimgeschlagen wurden...

Sachgewerbliches. Die Bauarbeiterkommission Würzburg hatte vom 26. bis 28. August statistische Erhebungen über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften auf 30 Baustellen vorgenommen. Es waren 19 Hoch-, 4 Umbauten und 1 Anbau...

Weiteres Sinken der Erwerbslosenziffer. Es ist erfreulich, daß die Erwerbslosenziffer in ununterbrochener Folge sinkt. Gewiß kann das Tempo von vor einigen Monaten nicht dauernd eingehalten werden; dennoch ist kein Stillstand in Rückgang der Erwerbslosenziffern zu bemerken.

10 Millionen Mark für Versuchsbauten. Das Reichsarbeitsministerium hat einen Betrag von 10 Millionen Mark zur Förderung der Versuche verbilligten Bauens durch stärkere Anwendung des Serienbaues und der Normung ausgeworfen.

Die Gewerkschaften marschieren. Das Jahr 1927 wird für die deutsche Gewerkschaftsbewegung ein Zeichen des Aufschwungs werden. Fast allgemein ist eine starke Zunahme der Mitgliederzahl zu verzeichnen.

Nachwirkungen der Inflation. Von den Rechtsparteien wird immer wieder darauf hingewiesen, daß wir die Möglichkeit der Stabilisierung unserer Währung den Vorschlägen Helfferichs zu verdanken haben, der mit seiner Roggenmark der Rentenmark den Boden bereitet habe.

Sozialpolitisches. Dem „Rechten“ muß alles zum Besten dienen. Während sich das deutsche Volk und vornehmlich die Arbeiterschaft anschicken, den weiten Landgebieten, die durch die verheerenden Unwetterkatastrophen dieses Sommers so schwer heimgeschlagen wurden...

Sachgewerbliches. Die Bauarbeiterkommission Würzburg hatte vom 26. bis 28. August statistische Erhebungen über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften auf 30 Baustellen vorgenommen. Es waren 19 Hoch-, 4 Umbauten und 1 Anbau...

Weiteres Sinken der Erwerbslosenziffer. Es ist erfreulich, daß die Erwerbslosenziffer in ununterbrochener Folge sinkt. Gewiß kann das Tempo von vor einigen Monaten nicht dauernd eingehalten werden; dennoch ist kein Stillstand in Rückgang der Erwerbslosenziffern zu bemerken.

10 Millionen Mark für Versuchsbauten. Das Reichsarbeitsministerium hat einen Betrag von 10 Millionen Mark zur Förderung der Versuche verbilligten Bauens durch stärkere Anwendung des Serienbaues und der Normung ausgeworfen.

Die Gewerkschaften marschieren. Das Jahr 1927 wird für die deutsche Gewerkschaftsbewegung ein Zeichen des Aufschwungs werden. Fast allgemein ist eine starke Zunahme der Mitgliederzahl zu verzeichnen.

Nachwirkungen der Inflation. Von den Rechtsparteien wird immer wieder darauf hingewiesen, daß wir die Möglichkeit der Stabilisierung unserer Währung den Vorschlägen Helfferichs zu verdanken haben, der mit seiner Roggenmark der Rentenmark den Boden bereitet habe.

Sozialpolitisches. Dem „Rechten“ muß alles zum Besten dienen. Während sich das deutsche Volk und vornehmlich die Arbeiterschaft anschicken, den weiten Landgebieten, die durch die verheerenden Unwetterkatastrophen dieses Sommers so schwer heimgeschlagen wurden...

Sachgewerbliches. Die Bauarbeiterkommission Würzburg hatte vom 26. bis 28. August statistische Erhebungen über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften auf 30 Baustellen vorgenommen. Es waren 19 Hoch-, 4 Umbauten und 1 Anbau...

Weiteres Sinken der Erwerbslosenziffer. Es ist erfreulich, daß die Erwerbslosenziffer in ununterbrochener Folge sinkt. Gewiß kann das Tempo von vor einigen Monaten nicht dauernd eingehalten werden; dennoch ist kein Stillstand in Rückgang der Erwerbslosenziffern zu bemerken.

### Gewerbe- und soziale Hygiene

**Körperbau und Arbeitseignung.** Der von der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene aufgestellte Ausschuss für gesundheitsgemäße Arbeitsgestaltung, zu dessen Mitgliedern neben der Vertretung der Reichs- und Landesbehörden, der medizinischen und technischen Wissenschaft und der Industrie auch Vertreter der Gewerkschaften gehören, bezweckt, durch Untersuchung und Erforschung gesundheitsmäßigster Arbeitsbedingungen, der Tätigkeit des industriellen Arbeiters zu gewinnen. Von hervorragender Bedeutung scheint dem Ausschuss dabei die Untersuchung des bisher wenig erforschten Problems der Beziehungen zwischen Körperbau und Arbeitseignung zu sein. Der Vorsitzende des Ausschusses für gesundheitsgemäße Arbeitsgestaltung richtet deshalb an alle Forscher auf diesem Gebiete die Aufforderung, bei den Untersuchungen zunächst die Beziehungen zur Berufseignung und Arbeitsfähigkeit beziehungsweise Brauchbarkeit im Wirtschaftsleben besonders zu berücksichtigen. Besondere geistliche Untersuchungen stehen für die Forschung zur Verfügung.

### Polizei und Gerichte

**Instandsetzungsarbeiten an Mietshäusern durch die Gemeindebehörde muß der Hauswirt bezahlen.** Der Eigentümer eines alten, zum Teil baufälligen Mietshauses war von der Gemeinde wiederholt aufgefordert worden, Ausbesserungsarbeiten an seinem Hause vorzunehmen, widrigenfalls das Gebäude geräumt werden müsse. Der Eigentümer bat, daß die Arbeiten aus städtischen Mitteln ausgeführt würden, da er selbst die Mittel nicht besitze, gegebenenfalls er um die Erlaubnis, das Haus abzubrechen. Die Gemeinde erklärte sich zur Ausführung der Arbeiten bereit, betonte aber in ihren Mitteilungen an den Hauseigentümer, er müsse jedenfalls die Arbeiten bezahlen oder eine Sicherungshypothek auf sein Grundstück eintragen lassen. Die Arbeiten gelangten zur Ausführung, doch weigerte sich der Hauseigentümer, sie zu bezahlen, so daß die Gemeinde genötigt war, die Kosten von dem Hauseigentümer einzuklagen, indem sie vor allem geltend machte, hier hätten die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Geschäftsführung ohne Auftrag zur Anwendung zu kommen, wonach derjenige, dessen Geschäft durch einen andern ausgeführt seien, für die Kosten aufzukommen habe, da er andernfalls ungerechtfertigt bereichert sei. — Demgegenüber führte der Beklagte aus, mit der Ausführung der Arbeiten habe die Gemeinde lediglich ihre eigenen Geschäfte besorgt, denn die Erhaltung der Mietwohnungen habe im öffentlichen Interesse gelegen. § 8 des Reichsmietengesetzes gab zu der fraglichen Zeit den Gemeinden das Recht, wenn der Vermieter notwendige Instandsetzungsarbeiten in Mieträumen mit gesetzlicher Miete, wie hier, nicht ausführte, die Arbeiten selbst vorzunehmen und zwecks Tilgung der Kosten entweder das Hauskonto in Anspruch zu nehmen oder beim Mietereingangsamt zu beantragen, daß die Mieter einen Zuschlag zur Miete unmittelbar an die Gemeinde abzuführen hätten. Indessen hat das Oberlandesgericht Kiel den Hauseigentümer zur Bezahlung der Kosten, insofern es sich dabei um notwendige Arbeiten handelte, verurteilt. Die Ausführung des größten Teiles der Arbeiten, so heißt es in den Gründen, lag auch im Interesse des Beklagten. Wären die Arbeiten nicht ausgeführt worden, so hätte das Haus wegen Baufälligkeit geräumt werden müssen. Die Abbruchgenehmigung aber wäre dem Beklagten trotzdem nicht erteilt worden. Der Beklagte hätte also nur Ausgaben für das Haus gehabt, aber keine Einnahmen. Der Beklagte hatte gegenüber seinen Mietern gemäß § 536 BGB. die Verpflichtung zur Erhaltung der Wohnräume. Schon vor dem Kriege war rechtlich anerkannt, daß die Verpflichtung des Vermieters zur Instandhaltung baufälliger Mieträume im öffentlichen Interesse liege. Um so mehr muß das zur Zeit gelten, da der Mieter wegen Mangels an Wohnungen nicht, wie früher, aus dem baufälligen Hause ausziehen kann. — Uebrigens hätte der Beklagte nach den in Frage kommenden preussischen Ausführungsbestimmungen zu § 7 des Reichsmietengesetzes das Recht gehabt, die Ausgaben für die Instandsetzungsarbeiten auf die Mieter zu verlegen zu lassen. Er würde dann in wenigen Jahren bei geringer Belastung der Mieter seine Unkosten ersetzt erhalten haben. (O.C. Kiel, 1. U. 196. 26.) Nachdr. verb.

### Berichtliches

**Erfinder und Volkswirtschaft.** Im Jahre 1926 sind nach amtlicher Statistik des Reichspatentamts 61384 Patentanmeldungen eingereicht worden. Zur Erteilung gelangten 15500 Patente, mithin nur rund 24%. Bei diesem niedrigen Prozentsatz handelt es sich nun lediglich um die Anmeldungen, die der patentamtlichen Neuheitsprüfung standgehalten haben. Würden die Anmeldungen nun in gleich scharfer Weise auf die praktische Brauchbarkeit, wie auch daraufhin geprüft worden sein, ob ein kaufmännischer Verwertungserfolg zu erwarten steht, was bekanntlich beides dem Reichspatentamt nicht obliegt, so dürften höchstens noch 10% aller Anmeldungen als zweckmäßig übrig bleiben. Im gleichen Jahre sind 61856 Gebrauchsmuster angemeldet worden. Diese werden von Amts wegen nicht einmal auf Neuheit geprüft. Jeder Fachmann weiß nun, daß bei objektiver Würdigung hier ein gleich bedeutender Prozentsatz wirklich brauchbarer Schutzrechte übrig bleibt. — Demnach sind von den insgesamt 125740 Patent- und Gebrauchsmusteranmeldungen mindestens 110000 unbrauchbar mit ihrem enormen Kosten- und Arbeitsaufwand sowie allen schönen Hoffnungen und erdrückenden Sorgen infolge fauler Beratung nutzlos vorgekommen worden. In dieser Zahl spielt sich ein Stück Volkswirtschaft ab, das in seiner ganzen Tragik bisher

# FACHBLATT DER MALER

**ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM**

**Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum**

**Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbig. Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen**

**Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!**

nur dem Eingeweihten bekannt ist, dem gesamten übrigen Volke aber notwendigerweise einmal deutlich zur Erkenntnis gebracht werden muß. Rechnet man nämlich für die Durchführung der Anmeldung, Verwertung und Modellbau einer jeden Erfindung durchschnittlich nur 3 Arbeitstage, so ergibt das bei den 110 000 nutzlosen Anmeldungen 330 000 Werkstage oder 110 Jahre, die eine Person vergeuden müßte, um die gleiche Arbeit zu leisten. Rechnet man weiter pro Anmeldung nur 300 M für alle direkt oder indirekt damit verbundenen Kosten, so macht das einen Betrag von 33 Millionen Mark aus, die ebenfalls nutzlos zum Fenster hinausgeworfen sind. Die unendliche Fülle von Sorgen und Nöten, die sich um diese Zahlen bewegt, ist gar nicht zu ermessen. Und dabei handelt es sich bei den Opfern dieses unglückseligen Zustandes im heutigen gewerblichen Rechtschutzwesen durchweg noch um wertvolle Menschen, um die Wegbereiter unserer Industrie. Vergewärtigt man sich nun noch, daß die zuvorgenannten Zahlen sich in ähnlicher Höhe jedes Jahr wiederholen, so kann man hier wirklich von einem Stück dunkler Volkswirtschaft sprechen, in das Licht hineinkommen muß! Das Deutsche Erfinderehaus e. V., Hamburg 1, mit seiner vorprüfenden Anmeldezentrale, das durch Ausschaltung aller Unbrauchbaren anstatt der bisherigen 24% jetzt schon rund 96% aller bearbeiteten Erfindungen zum Ziele verhalf, hat hier schon in bemerkenswerter Weise eine Bresche eingeschlagen. Jedoch ist ohne die tatkräftige Hilfe von Staat und Presse das schwarze Blatt der 110 000 unsinnigen Schutzrechtsanmeldungen pro Jahr aus unserm ohnehin schon schwer bedrängten Wirtschaftsleben nicht zu beseitigen. Die vergeudeten Millionen für die ebenfalls recht zahlreichen nutzlosen Auslandsanmeldungen sind in der vorstehenden Rechnung noch nicht einmal enthalten. Dipl.-Ing. Karl Griesel.

### Fachtechnisches

Die 2. Tagung des Bundes zur Förderung der Farbe im Stadtbild e. V., Eich Hamburg, findet vom 24. bis 27. September 1927 in Augsburg statt. Am 24. tagt der Vorstandsrat, Sonntag, 25. September, vormittags 10 Uhr, wird eine öffentliche Versammlung im Ludwigshau des Stadtparkes abgehalten, in der Dr. Hans Wagner über das „Ergebnis einer vom Bunde an die Bauämter gerichteten Umfrage über Erfahrung mit Werkstoffen“, Professor Dr. Eibner über „Wandbewerfe, unter besonderer Berücksichtigung von Untersuchungen Alt-Augsburger Fresken“ und der Direktor der Breslauer Handwerker- und Kunstgewerbeschule Gustav Wolf über „Bemalungspläne“ sprechen werden. Den Referaten schließt sich eine Aussprache an. Nachmittags 3 1/2 Uhr werden im Goldenen Saal und in den Fürstenzimmern des Rathauses die Ausstellung „Farbe im Stadtbild“ und die Jubiläumsausstellung des Schwäbischen Architekten- und Ingenieurvereins eröffnet. Am 5. Uhr tagt eine Bundesmitgliederversammlung. Am 26. September werden vormittags 10 Uhr zwei weitere öffentliche Vorträge gehalten. Professor Dr. Klopfer spricht über die Bedeutung des Bauhandwesens für die Farbenbewegung und Professor Ruckerl, München, über die Bedeutung des Kunstgewerbe- und Malerschulwesens für die Farbenbewegung. Nachmittags erfolgt eine Führung durch die Stadt, wobei Gelegenheit geboten wird, an der praktischen Vorführung des Enkaustik-Verfahrens und des maschinellen Hausanstrichs teilzunehmen. Zum 27. September ist ein Ausflug nach den Kunststätten des bayerischen Schwabenlandes vorgesehen. Anmeldungen sind rechtzeitig an die Geschäftsstelle des Bundes, Hamburg 1, Spitalerstraße 11, erbeten; auch Nichtmitglieder können an dieser bedeutenden Tagung teilnehmen.

### Fachliteratur

Münchener Kalender 1928. Unter diesem schlichten Titel erscheint seit 44 Jahren in schöner Farbenwirkung der Münchener Kalender von dem bekannten Wappenkünstler Professor Otto Hupp. Er ist, wie alle seine

vielen Vorgänger, ein historisches Anschauungs-, Studien- und Vorlagenmaterial allerersten Ranges. Neben dem neuen Staatswappen des Freistaates Baden bringt er eine Reihe farbenprächtiger Wappen aller Adelsgeschlechter. In Gediegenheit des Inhaltes in künstlerischer und wissenschaftlicher Hinsicht wie an Gefälligkeit und farbenfroher Schönheit der Ausstattung reißt sich der neue Jahrgang würdig seinen früheren an und vervollständigt das hübsche Wappenkoch von europäischer Bedeutung. Wie seit Jahren ist der in seiner Art ganz allein dastehende Kunstkalender auf gutem Büttenpapier gedruckt und kann von jeder Buchhandlung sowie direkt von der Verlagsanstalt vormals O. J. Manz, Regensburg, zum Preis von 2 M bezogen werden. Auch frühere Jahrgänge sind noch durch den Verlag zu beziehen.

### Literarisches

**Gewerkschafts-Archiv.** Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Böhler, Jena. Verlag Karl Böhler, Verlagsbuchhandlung, Jena, St. Jakob-Straße 36. Vierteljahrsabonnement 3,60 M. Den Ortsverwaltungen ist die Zeitschrift zum Abonnement empfohlen. Sie gibt viel des Anregenden.

**Wirtschafts- Informations-Dienst.** Schriftleitung Kurt Heintz, Berlin. Verlag Karl Böhler, Verlagsbuchhandlung, Jena. Monatlich 1 Heft. Vierteljahrsabonnement 2 M. Der Wirtschafts-Informations-Dienst ist eine beachtenswerte Quelle zur Ergänzung von Wirtschaftskennntnissen.

**„Die Arbeit“.** Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart, Redakteur: Edoard Erdmann. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Nr. 11 1927. Für jeden Gewerkschafter ist diese wissenschaftlich geleitete Zeitschrift unentbehrlich; jedes Monatsheft kostet nur 1 M.

**„Die Gemeinde.“** Halbmonatschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Sie ist unentbehrlich für alle in den Kommunen wirkenden Genossen und Genossinnen und kann zum Preise von monatlich 90 P durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt durch den Verlag J. S. W. Dieck Nachf., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, bezogen werden.

**Geschichte Rußlands** von W. W. Korowost; übersetzt von Alexander Hamm, redigiert und herausgegeben von Wilhelm Herzog. Wöchentlich erscheint eine Nummer zum Preise von 40 P; der Umfang ist auf 50 Lieferungen von je einem Druckbogen = 16 Seiten berechnet. In Rußland in der Auflage von mehreren 100 000 Exemplaren verbreitet, stellt dieses Werk den ersten, als durchaus gelungen zu bezeichnenden Versuch dar, die Geschichte des russischen Reiches vom Standpunkte der marxistischen Geschichtsauffassung zu beleuchten. Die Sprache ist volkstümlich und bildreich, dem Verständnis einfacher Leserschaft angepaßt, wie es ja auch in erster Linie der Volksaufklärung in Rußland dienen sollte. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag E. S. Hirschfeld in Leipzig, C. 1.

### Bereinstell

#### Bericht der Hauptkasse für Monat August.

Eingelandt haben: Altenburg 330 M, Augsburg 400, Aschaffenburg 400, Bayreuth 400, Berlin 1000, Benthien 200, Bielefeld 750, Brandenburg 600, Braunschweig 1100, Bremen 2500, Bremerhaven 700, Breslau 3000, Celle 250, Chemnitz 800, Coblenz 350, Coburg 200, Cottbus 350, Cuxhaven 400, Darmstadt 2500, Dessau 600, Dortmund 1150, Dresden 11 440, Duisburg 1000, Düren 80, Eberswalde 120, Eisenach 600, Eiberfeld 1550, Elbing 700, Emden 100, Erfurt 1000, Essen 2000, Flensburg 500, Frankfurt a. M. 3600, Frankfurt a. d. O. 500, Freiburg 400, Freiberg 90, Friedberg 250, Fürstenerwalde 50, Glogau 100, Görtlich 500, Gotha 2000, Greifswald 25, Greiz 785, Guben 200, Gütrow 250, Halle 2000, Hamburg 10 000, Hannover 3000, Heilbronn 500, Heidelberg 250, Herford 1050, Hindenburg 65, Hirschberg 250, Hof 230, Insterburg 100, Ingolstadt 100, Jüterbog 30, Kaiserlautern 300, Karlsruhe 250, Kiel 3250, Kolberg 250, Köln 600, Köslin 500, Kulmbach 100, Lehr 30, Landsberg 60, Landeshut 56,30, Lauenburg 150, Leipzig 6400, Liegnitz 600, Lindau 80, Lübeck 1000, Lüdenscheid 50, Magdeburg 2000, Mannheim 500, Mülheim 150, Nürnberg 700, Meerane 400, München 1500, Münster 500, Neisse 150, Neumünster 300, Neustadt a. S. 140, Neustrelitz 250, Niesky 200, Nordhausen 500, Nürnberg 6890, Oeynhausen 300, Oldenburg 400, Osnabrück 270, Passau 100, Pirmasens 200, Plauen 500, Prenzlau 200, Regensburg 300, Rendsburg 200, Rostock 1500, Schwerin 800, Sorau 150, Spremberg 100, Stolp 390, Stuttgart 1500, Tilsit 200, Weiden 100, Weimar 250, Weiskammer 70, Wesel 70, Wiesbaden 5500, Wilhelmshaven 1200, Wismar 500, Wittenberge 100, Wolfenbüttel 300, Worms 500, Würzburg 500, Zeitz 1200, Zwickau 350.

J. Heirich, Kassierer.

Vom 4. bis 10. September ist die 36. Beitragswoche.

### Sterbetafel.

Bremen. Am 23. August starb unser Mitglied Louis Fricke im Alter von 45 Jahren. Die Todesursache war Bleivergiftung und Abjag an der Wirbelsäule. Dortmund. (Lütgendortmund.) Am 7. August starb plötzlich infolge eines Hitzschlages unser treues Mitglied Hermann Pfeiffer im Alter von 33 Jahren. Prenzlau. Am 25. Juni starb unser langjähriges Mitglied, der Kollege Albert Reese im Alter von 44 Jahren. Ehre ihrem Andenken.

### Anzeigen

## Schriftenmaler

in allen Arbeiten tüchtig, bei hohem Lohn in dauernde Stellung nach Nürnberg gesucht. Anfragen an die Filialverwaltung Nürnberg, Breite Gasse 25-27.